Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1153

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Sechsundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle Markt 24.

Nr. 126. Halle a. S., Freitag, den 15. März. 1912.

Mb. Deutscher Reichstag.

26. Sitzung, Donnerstag, den 14. März.

Am Tische des Bundesrats: Delbrück, Sydow, Oberzeremonienmeister v. Velsen.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Präsident Dr. Kaempf:

Meine Herren, Se. Majestät der König von Italien, Viktor Emanuel III., der hohe Verbündete Sr. Majestät des Deutschen Kaisers und des deutschen Volkes, und Ihre Majestät die Königin von Italien Helena sind einer schweren Lebensgefahr entronnen, indem auf sie abgegebene verbrecherische Schüsse ihr Ziel verfehlt haben. Ich bin sicher, in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich der Freude und Genugtuung des Reichstags darüber Ausdruck gebe, daß Seine Majestät der König und Ihre Majestät die Königin unverletzt geblieben sind. (Lebhafter Beifall.) Namens des Reichstags werde ich in einer an den Präsidenten der Deputiertenkammer in Rom zu richtenden Depesche diesem Gefühle herzlichen Ausdruck geben. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus hatte sich zu Beginn dieser Worte von den Plätzen erhoben, von den Sozialdemokraten nur die Hälfte.

Der schleunige Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Wendel (Soz.) wird angenommen.

Die Zentrums-Interpellation über den Ruhrstreik.

Die Interpellation lautet:

Ist der Herr Reichskanzler bereit, über den Stand des Streiks im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier Auskunft zu geben? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um unter Berücksichtigung der berechtigten Wünsche der Bergarbeiter ein rasches Ende des die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigenden Ausstandes herbeizuführen?

Abg. Schiffer-Borken (Zentr.)

begründet die Interpellation. Die Angelegenheit ist bereits bei der Staatsberatung besprochen worden, damals noch recht friedlich und selbst nach den Ausführungen des Kollegen Sachse konnte man noch glauben, daß es im Ruhrgebiet nicht so bald zum Kampfe kommen würde. Außerdem hat der Staatssekretär inzwischen noch mit einigen Bergarbeiterführern Rücksprache genommen. Zunächst einige Worte über die Stimmung der christlichen Bergarbeiter. Zweifellos haben die Bergleute augenblicklich berechtigte Forderungen hinsichtlich der Löhne. Seit 1907 sind diese erheblich gesunken, und wenn sie auch in letzter Zeit eine langsame Steigerung erfuhren, so haben sie doch den damaligen Stand noch lange nicht wieder erreicht. Diese Reduktion ist umso empfindlicher angesichts der auch von den Zechenbesitzern nicht bestrittenen allgemeinen Teuerung. Die Rentabilität eines großen Teils der Zechen ist nun aber gut, teilweise sogar glänzend. Eine Gegenüberstellung der Kohlenpreise und Zechengewinne auf der einen Seite und der ungenügenden Arbeitslöhne andererseits ließ erkennen, daß die Arbeiter erheblich ungünstiger dastehen als 1907. Außerdem sind die Unterschiede in den Löhnen recht kraß und empfindlich.

Das Kohlensyndikat will vom 1. April ab die Kohlenpreise noch um 90 Pf. die Tonne erhöhen. Die christlichen Gewerkschaften, die an dem Streik nicht beteiligt sind, streben nun unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse ernst und entschieden eine Lohnerhöhung an und machen daraus auch kein Hehl. Allerdings verwahren sie sich dagegen, mit den gelben Gewerkschaften auf dieselbe Stufe gestellt zu werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich muß diesen Unterschied ausdrücklich feststellen, wie wir das schon bei jeder passenden Gelegenheit getan haben. Diese aus Frankreich importierten fremden Gewächse sind keine Zierde der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiterschaft. (Hört, hört! und Lachen bei den Soz.) Die Gelben erziehen ihre Mitglieder zur Verstellung, Schmarotzertum und Speichelleckerei. Unsere aufstrebende Industrie braucht aber tüchtige aufrichtige und charaktervolle Männer, die treu ihre Pflicht tun.

Die Tätigkeit der gelben Gewerkschaften ist Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie. (Sehr wahr!) Das Vaterland, das im Ernstfall opferfreudige Arbeiter braucht, kann auch im Wirtschaftsleben keine Feiglinge brauchen. Wir fragen uns zunächst: 1. Ist der Kampf berechtigt? 2. Ist er aussichtsvoll? und 3. Sind alle friedlichen Mittel erfolglos angewendet, so daß nur der Kampf noch übrig bleibt? Im Ruhrrevier hatten die Grubenbesitzer Lohnerhöhungen in Aussicht gestellt; es mußte nach unserer Auffassung erst ruhig abgewartet werden, ob sie kommen, und ob sie in genügender Höhe kommen würden. (Zuruf von den Soz.: Da könnten wir lange warten!) Zu lange warten wir auch nicht, Herr Kollege! Es kam in Betracht, daß die Kohlenpreise erst am 1. April erhöht werden. Sodann aber hatten wir auf die eigene Industrie Rücksicht zu nehmen. Die Engländer haben 1905 unserer Bergwerksindustrie nicht unbedeutende Absatzgebiete abgenommen; jetzt war Gelegenheit, sie wiederzugewinnen, und wir sind auch als Arbeiterorganisation der Ueberzeugung, daß das auch für die Arbeiter von Vorteil ist. (Beifall.) Wir sind überhaupt überzeugt davon, daß nur eine gesunde, eine gut prosperierende Industrie in der Lage ist, gute und befriedigende Arbeiterlöhne zu zahlen. (Lebh. Beifall.)

Wir sind überzeugt, daß gerade jetzt begründete Aussicht auf eine Lohnerhöhung vorhanden war, die allerdings nur auf friedlichem Wege erreicht werden konnte. (Hört! Hört! im Zentr.) Die christlichen Bergarbeiter haben sich grundsätzlich leiten lassen von der Rücksichtnahme auf das gesamte Wirtschaftsleben, an dem auch die Bergarbeiter lebhaft interessiert sind. Wir sind der Meinung, daß ein so schwerer Kampf, der das ganze Wirtschaftsleben erschüttert und unter Umständen Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter ins Elend treiben kann, nicht ohne besondere Ursache begonnen und durchgeführt werden darf. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts.) Wir wissen auch, daß gerade die Bergarbeiter in ihren Lohnbewegungen mehr als irgend eine andere Arbeitergruppe auf die Gunst der öffentlichen Meinung angewiesen sind. Was soll aber die öffentliche Meinung sagen, wenn die Bergarbeiter fast blindlings den radikalen Schreiern nachlaufen? Wie wird man in der Oeffentlichkeit urteilen, wenn die Meinung sich verbreitet, daß es sich lediglich um einen Sympathiestreik im Interesse der Engländer handelt. (Stürmischer Widerspruch bei den Soz., Zuruf: „Das ist nicht wahr!") Sie werden ja Gelegenheit haben, das Gegenteil zu beweisen und diese Klarstellung wird, wenn sie Ihnen gelingt, für die Oeffentlichkeit von erheblichem Interesse sein. Einstweilen hat man den Eindruck, daß der gegenwärtige Streik in Deutschland die Stellung der englischen Grubenbesitzer wesentlich erleichtert, da sie nicht mehr zu fürchten brauchen, ihr Absatzgebiet zu verlieren. Die Fortsetzung der Förderung in Deutschland wäre das stärkste Pressionsmittel auf die englischen Grubenbesitzer gewesen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Ich verweise darauf, daß die „Leipziger Volkszeitung" bereits im Januar schrieb, daß vielleicht schon im Frühjahr die ganze Welt durch einen Streik erschüttert werden wird und die sozialdemokratische „Bergarbeiterzeitung" meinte, die Nachricht, daß der Verband seine Mitglieder aufgefordert habe, Ueberschichten zu vermeiden, habe allgemeine Genugtuung hervorgerufen. Nicht nur aus diesem, sondern auch aus anderen Momenten bekommt man den Eindruck, daß es sich mehr oder weniger um einen Sympathiestreik handelt. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum, Widerspruch bei den Soz.) Man beobachte folgende Daten: Am 2. Februar kündigt der Zechenverband eine Lohnerhöhung an. Drei Tage später findet eine gemeinsame Konferenz der Bergarbeiterverbände statt. Am 6. Februar reichten die 3 Verbände eine maßvoll gehaltene Eingabe, die nur Lohnforderungen enthielt, bei dem Zechenverband ein. Wieder eine Woche später, vom 19. bis 22. Februar, tagte in London die internationale Konferenz, an der auch Sachse im Namen seines Verbandes teilnahm. Gegen Schluß dieser Konferenz lief beim Zechenverband eine erheblich weitergehende Eingabe der Verbände ein, vom 19. datiert, traf sie erst am 22. ein. (Unruhe bei den Soz.) Das ist auffällig, daß gerade in der Zeit, wo der maßgebende Führer des sozialdemokratischen Verbandes in London war, ein derartig totaler Umschwung eintrat. (Hört! Hört! rechts und in der Mitte, Unruhe und Zurufe bei den Soz.)

Ich würde es mir als Führer sehr verbitten, wenn ein derartiger Umschwung der Taktik in einer so bedeutsamen Sache ohne mein Wissen erfolgen würde, und ich glaube auch nicht, daß Sachse davon nichts gewußt hat. (Lärm bei den Soz.) Ja, innerhalb 3 Tagen konnte dann wohl aus London eine telegraphische Anweisung kommen (Hört, hört!). Dazu waren die Forderungen nach Lage der Dinge noch dazu vollständig aussichtslos. Ihre Erfüllung hätte sich nur durch einen erbitterten und kostspieligen Kampf ermöglichen lassen. Ich kann also nur wiederholen, daß nach Ansicht der weitesten Kreise der Streik zum größten Teil ein Sympathiestreik mit England war. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte). Dabei hatte der alte Verband systematisch seit Jahr und Tag die Sache vorbereitet, die sozialistische Gewerkschaftspresse hat schließlich einen förmlichen Sturm inszeniert. In der Oeffentlichkeit war man freilich etwas vorsichtiger, sonst hat man aber unter Dampf agitiert. Darum konnten die Christlichen nicht mitgehen. Das wußte die Leitung des alten Verbandes auch ganz genau, daß wir nicht mitmachen könnten und würden.

Aber das war gerade ein Grund mehr für die Sozialdemokraten und Anarchosozialisten, erst recht den Streik zu beginnen; sie wollten die Christlichen recht empfindlich schädigen. Das ist der eigentliche Zweck der ganzen Bewegung. Aehnlich war es schon nach dem Streik von 1905, wo man auch erst die christlichen Gewerkvereine vernichten wollte. Als das nicht gelang, inszenierte man den sogenannten Verschmelzungsrummel, offen und versteckt, man legte den Christlichen nahe, man müsse Schulter an Schulter zusammenstehen und sich zu einem einheitlichen Verbande verschmelzen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nein, falsch: Die prinzipiellen Gegensätze zwischen Ihnen und uns lassen sich nicht verwischen durch eine recht dunkle Taktik gewisser Leute. (Heiterkeit rechts, Unruhe bei den Soz.) Jetzt scheint man diesen Verschmelzungsrummel auf andere Weise anzufangen. Die Christlichen sahen aber nur zu bald ein, daß es eigentlich nur ein Kampf gegen sie selbst war. Sie waren sich der ungeheuren Verantwortung bewußt, wie ein die Industrie so schwer schädigender Streik den Arbeiterorganisationen und ihren Führern auferlegt. Sie haben die Interessen der heimischen Bergwerksindustrie unter anderen deutschen Industrien, der Eisen- und Maschinenindustrie, der gesamten deutschen Volkswirtschaft trotz aller Verleumdung und Anfeindungen wahrgenommen.

Sie haben das getan, in dem Bewußtsein, daß Sie das im Interesse der Arbeiter, aber auch der Allgemeinheit tun. (Sehr richtig!) Unter diesen Umständen sollten aber auch die Unternehmer des Ruhrgebietes mit dem verständigen Teil der Arbeiter zusammenwirken. (Lachen bei den Soz.) Sie sollten mit den nationalen Gewerkschaften verhandeln und mit ihnen zusammen kämpfen. Diese Gewerkschaften stehen für eine gesunde Industrie ein, und das müssen auch die Unternehmer einsehen und danach verfahren. Auch die weite Oeffentlichkeit hat das Recht und die Pflicht, an die Grubenherren zu appellieren, mit ihren Arbeiterausschüssen auch die Lohnfrage zu behandeln, und zwar möglichst schnell, nicht mit Redensarten. Dann aber soll man sich mehr um die sozialen Verhältnisse der Ruhrbergarbeiter bekümmern, um ihre Wohnungen und auch den Mangel an sozialer Fürsorge. Wir wollen da nichts beschönigen, sondern die Medaille von beiden Seiten betrachten. Bisher hat sich, das will ich feststellen, kein einziges christliches Gewerkschaftsmitglied freiwillig an dem Streik beteiligt. Wer es getan hat, ist durch den schlimmsten Terrorismus dazu gebracht worden.

Die Arbeitswilligen wurden verhöhnt, verspottet. (Widerspruch bei den Soz.) O ja, infolge des mangelhaften Schutzes hat der Terrorismus in den letzten Tagen Triumphe erlebt. Ich bin ja selbst nicht dagewesen, aber nach zuverlässigen Berichten . . . (Stürmisches Gelächter bei den Soz.) War vielleicht einer von Ihnen da? (Rufe bei den Soz.: Ja, ich war da, ich auch!) Ja, Sonntag vielleicht, da war ich auch da. (Beifall rechts und im Zentrum.) Also nach zuverlässigen Berichten hat gerade dort, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit unter den Arbeitern haben, der Mob die Straße beherrscht. Mir ist versichert worden, daß von denen, die heute streiken, die Hälfte zur Grube fahren würden, wenn der Terrorismus nicht wäre. (Hört! Hört! rechts, Widerspruch links.) Ja, auch von den sozialdemokratischen Arbeitern arbeiten heute noch viele Hunderte. (Zuruf bei den Soz.: Märchen!) Das ist kein Märchen. Dort, wo die christliche Organisation die Mehrheit hat, arbeiten viele Sozialdemokraten. (Zuruf bei den Soz.: Die haben wohl Angst vor dem christlichen Terrorismus.) Ueberhaupt ist die ansässige Bergarbeiterschaft im allgemeinen gegen den Streik. Im Interesse der einheimischen Arbeiter, nicht etwa im Interesse der christlichen Organisation, müßten bald umfassende Maßregeln getroffen werden. (Stürmischer Beifall rechts.)

Ich erhebe meinerseits nicht den Ruf nach Militär. Man muß die notwendigen Maßnahmen der Regierung überlassen, aber die Freiheit, die volle Freiheit der deutschen Arbeiterschaft im Ruhrgebiet muß unter allen Umständen gewahrt bleiben (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts). Die Massenansammlungen müssen aufhören. Die Arbeiter, die arbeiten wollen, dürfen nicht länger Spießruten laufen, nicht länger dem drohenden Spott ausgesetzt sein. Ich habe nach wie vor nichts gegen Streikposten, wenn es ruhige Leute sind. (Hört, hört). Eine friedliche Einwirkung auf die Arbeiter billigen, wünschen auch wir. Der Kollege Sachse hat die Geschichte erzählt, wie während des Streiks die Polizisten Skat spielen könnten, nur einer sei aus Langeweile gestorben. Jetzt sieht es doch ganz anders aus. Halbwüchsige Burschen treiben ihr Unwesen. Die Burschen sind noch jünger als die in Moabit. Augenzeugen haben mir versichert, daß es sich um eine planmäßige Inszenierung, Organisierung und Disziplinierung der Gewalttätigkeiten handelt. (Hört, hört, rechts.) Im ganzen Ruhrgebiet sind Radfahrerkolonnen organisiert worden, die die Arbeitswilligen abfangen sollten. 1905 war es anders. Da ist niemand mit Gewalt von der Arbeit abgehalten worden. Allerdings, nach dem Streik, da ist es den sozialdemokratischen Führern schlimm ergangen, da wurden sie die Geister, die sie gerufen, nicht mehr los (Heiterkeit im Zentrum). Da die Debatte wohl ein paar Tage dauern wird, so will ich jetzt schließen, und schließe mit dem Wunsche, daß der Kampf trotz aller seiner bedauerlichen Begleiterscheinungen für die Bergarbeiter doch noch zum guten Ende führen wird. (Beifall im Zentrum. Stürmische immer wiederholte Pfuirufe bei den Soz., Rufe: Judas!)

Präsident Kaempf: Es verstößt gegen die Ordnung des Hauses, Pfui zu rufen.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Es handelt sich um eine Arbeitseinstellung eines Teiles der Bergarbeiter im preußischen und Ruhrrevier. Es handelt sich also um eine Angelegenheit, die streng genommen vor den Preußischen Landtag gehört, insofern die Berggesetzgebung einschließlich der Regelung der Rechtsverhältnisse der Bergarbeiter zum Ressort der Einzelstaaten und auch die Exekutive bei den Einzelstaaten liegt. Damit ist auch für den Reichskanzler und für die verbündeten Regierungen eine gewisse Schranke für ein unmittelbares Eingreifen in die Entwicklung der Dinge gegeben. Auf der anderen Seite ist ja unbestreitbar, daß die Gesetzgebung des Reiches, insbesondere zahlreiche Bestimmungen der Gewerbeordnung und andere, die Rechtsverhältnisse der Arbeiter betreffende reichsgesetzliche Bestimmungen auf Eingreifen in die Verhältnisse der Bergarbeiter, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine Arbeitseinstellung im Ruhrrevier ein Ereignis ist, das in seinen Wirkungen weit hinausreicht über den Kreis der unmittelbar beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer, weit hinausreicht über die Grenzen des Ruhrreviers und des preußischen Staates und eingreift in die Verhältnisse weiter Kreise der Bevölkerung im ganzen deutschen Vaterlande und geeignet ist, die ruhige Entwicklung in unserer Industrie zu bedrohen und uns vor die Gefahr einer ernstlichen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu stellen.

Unter diesen Umständen hat der Reichskanzler wie in ähnlichen Fällen es für seine selbstverständliche Pflicht erachtet, die an ihn gestellte Anfrage zu beantworten und mit Ihnen die Lage zu erörtern. Der Reichskanzler würde der Bedeutung der Sache und dem Ernst der Situation entsprechend selbst jetzt an dieser Stelle stehen, um die Interpellation zu beantworten, wenn er nicht durch eine dringliche Sitzung abgehalten wäre. Er behält sich aber vor, zu einem späteren Zeitpunkt in die Debatte einzugreifen. Wenn Sie fragen, was die Reichsregierung zu tun gedenkt, um den Streik zu einem befriedigenden Ende zu bringen, so bin ich genötigt, zunächst noch einmal kurz die Frage zu erörtern: Wie ist dieser Streik entstanden, und was sind seine Ursachen? Denn ohne Kenntnis der Ursachen wird es schwer sein, Mittel zu finden und Vorschläge, um ihn zu beseitigen. Sie wissen alle, daß bereits im vorigen Herbst eine Lohnbewegung unter den Bergarbeitern einsetzte, die zu einem festen Abschluß nicht gelangte. Die Bewegung ist dann im Anfang dieses Jahres wieder lebendiger geworden, und am 6. Februar d. Js. wandten sich die drei vereinigten Bergarbeiterverbände, der sozialdemokratische, der Hirsch-Dunckersche und der polnische, in einer gemeinsamen Eingabe an den Zechenverband in Essen und den bergbaulichen Verein.

In dieser Eingabe wurden 10 Forderungen gestellt. An erster und wichtigster Stelle stand die Forderung nach einer allgemeinen 15prozentigen Lohnerhöhung; daneben wurden Wünsche zur Verkürzung der Arbeitszeit, Beseitigung des Zechenarbeitsnachweises und eine Reihe anderer bekannter Forderungen der Bergarbeiter erhoben bezw. wieder laut. Der christliche Gewerkverein und der evangelische Bergarbeiterverband haben sich diesem Schritt nicht angeschlossen, sondern sind selbständig vorgegangen. Der Zechenverband antwortete alsbald, zugleich namens des bergbaulichen Vereins unter dem 12. Februar, daß die beiden Verbände aus wiederholt dargelegten Gründen in Lohnfragen nicht zuständig seien. Die Antwort fuhr fort: Wir unterlassen aber nicht, darauf hinzuweisen, daß, abgesehen von der seit Anfang 1910 bereits eingetretenen allgemeinen Steigerung und infolge der im Kohlensyndikat zum 1. April beschlossenen Preiserhöhung eine Erhöhung der Schichtlöhne im niederrheinisch-westfälischen Bergbau teils erfolgt ist, teils unmittelbar bevorsteht. Eine Erhöhung auch der übrigen Löhne muß angesichts der starken Beschäftigung der Industrie mit Sicherheit erwartet werden vorausgesetzt, daß das Wirtschaftsleben von Störungen verschont bleibt.

Auf diese in der Form ablehnende, in der Hauptfrage — der Lohnfrage — entgegenkommende Antwort richteten die drei Bergarbeiterverbände dieselbe Eingabe am 20. Februar an die einzelnen Zechenverwaltungen, ich glaube, es sind 165. Am Schluß der Eingabe war der Wunsch ausgesprochen, innerhalb vierzehn Tagen, also bis zum 5. März, eine Antwort zu erhalten, weil die drei Verbände dann über die weiteren Schritte beraten wollten. Bis zum 5. März sind 80 Antworten von 155 Zechen eingelaufen. Zehn Zechen haben nicht geantwortet. Ein Teil der Antworten hatte folgenden Wortlaut: „Wir müssen es ablehnen, uns zu den von Ihnen gestellten Forderungen zu äußern, da lediglich die nach gesetzlicher Vorschrift gebildeten Arbeiterausschüsse berufen sind, Anträge und Wünsche sowie Beschwerden der Arbeiter zur Kenntnis der Zechenverwaltungen zu bringen." Die übrigen Antworten lauteten ähnlich mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß man zu Verhandlungen nicht in der Lage sei, und mit dem Hinweis auf die Arbeiterausschüsse als die berufenen Vertreter der Arbeiter. Am 6. März fand eine Vorsteherkonferenz der beteiligten Organisationen statt. Sie verhielt sich im Prinzip ablehnend gegen ein Verhandeln mit den Arbeiterausschüssen, mit der Begründung, es stehe schon fest, daß die Arbeiterausschüsse

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120315018/fragment/page=0001

wegen der schlechten Erfahrungen von 1911 sich weigern, hochmals über die Lohnfrage mit den Zechenverwaltungen in Besprechungen einzutreten. Ich entnehme diese Kenntnis aus dem „Vorwärts" vom 9. März. Bis zum 6. März war nach meiner Ansicht ein Anlaß zu einer Beunruhigung nicht vorhanden, sofern es sich tatsächlich nur darum handelte, eine Steigerung der Löhne in angemessenem Umfange herbeizuführen.

Die Situation war nach meiner Ansicht günstiger, als in vielen ähnlich liegenden Fällen. Die Konjunktur stieg, eine Erhöhung der Kohlenpreise war in Aussicht gestellt, die Löhne stiegen, die Zechenverwaltungen waren bereit, weitere Steigerungen eintreten zu lassen. Sie waren, was früher nicht immer der Fall war, wenigstens in ihrer Mehrzahl auch bereit, mit den Arbeiterausschüssen über die Lage der Löhne und deren zukünftige Gestaltung zu verhandeln. Inzwischen wurde die Situation etwas unruhiger. In der Presse tauchten Hinweise auf den großen Bergarbeiterausstand in England auf. Gleichzeitig wurde von verschiedenen Rednern verschiedener Parteien dieses hohen Hauses meine Aufmerksamkeit auf die Bergarbeiterbewegung gelenkt. Ich hielt es nunmehr für angezeigt, mit den betreffenden Abgeordneten aus diesem Hause in Erörterungen einzutreten, um aus ihren Aeußerungen ein Urteil darüber zu gewinnen, ob ich meinerseits die Sache bisher richtig oder falsch beurteilt hatte. Auf Grund einer mündlichen Besprechung wurden zu mir folgende Abgeordnete geladen: Behrens, Giesberts, Sachse, Schmidt und Sosinsky. Am anderen Tage erschien auch — ungeladen — der frühere Abg. Hue. (Lebhaftes Hört! hört! rechts und im Zentrum; Unruhe bei den Soz.) In dieser Besprechung wurde festgestellt, daß es wesentlich zur Beruhigung beitragen würde, wenn die Zechenverwaltungen Auskunft über den derzeitigen Stand der Lohnfrage geben würden. Es ist richtig, daß von seiten der Vertreter des alten Verbandes betont wurde, daß die Verhandlungen darüber noch im Laufe der vorigen Woche stattfinden müßten, wenn sie Erfolg haben sollten. Das wichtigste war, daß ich meinerseits die Ueberzeugung gewann, daß mein Urteil in soweit richtig gewesen war, daß, wenn es sich um eine Erhöhung der Löhne handelte, ein Streik nicht geboten war, und daß die Möglichkeit gegeben war, zu einem friedlichen Ende zu kommen. (Hört, hört!)

Ich habe mich zu diesem Zweck an den preußischen Minister für den Handel gewandt, der mir seine Unterstützung zusagte, aber gleichzeitig mitteilte, daß er seinerzeit bereits in demselben Sinne eingewirkt habe und kein Zweifel darüber bestehe, daß man in den Kreisen der Zechenverwaltungen bereit sein würde, den von uns vorgeschlagenen Weg zu betreten, eine Auffassung, die auch mir von führenden Leuten im Ruhrrevier bestätigt wurde. (Hört! Hört!) Der „Vorwärts" vom 9. März enthält einen Artikel, aus dem ich den Eindruck gewann, daß es sich doch empfehlen werde, noch einmal darauf hinzuweisen, wie nötig und nützlich ein ruhiges Abwarten und ein Verhandeln mit den Zechenverbänden sei. Das gab Veranlassung zu dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.", der nochmals den Zechenverwaltungen Verhandlungen ans Herz legte und noch einmal den Arbeitern das Gewissen schärfen sollte für die Verantwortung, die sie übernehmen würden, wenn sie diese Verhandlungen ablehnen sollten, und gerade unter den obwaltenden Verhältnissen unter Kontraktbruch in den Streik eintreten würden. Am 10. März waren die bekannten Verhandlungen, die zum Streik führten. Diese Verhandlungen wurden bekannt gegeben in der Resolution der Herner Revierkonferenz, in der ein einheitlicher Versuch der Verbände und eine Fortsetzung des Streikes, bis die Revierkonferenz darüber entschieden habe, empfohlen wurde. Um ganz gewissenhaft zu sein, muß ich feststellen, daß in den vorangegangenen Tagen ein Teil der Zechen und zwar ein ganz kleiner Teil Verhandlungen mit ihren Arbeiterausschüssen abgelehnt hat. Im allgemeinen aber haben sie ein Verhandeln überhaupt nicht abgelehnt, aber im Gegenteil.

Nun begann am 11. März der Streik. Wie sich die christlichen Gewerkschaften dazu gestellt haben, hat Herr Schiffer eingehend dargelegt; ich habe seinen Ausführungen nichts hinzuzufügen. (Lachen der Soz.) Sie bestätigen in dem für mich im Augenblick allein wichtigen Punkte die Richtigkeit der Anschauung, daß der Zeitpunkt für einen Streik noch nicht gekommen war, auch wenn man auf dem Standpunkt der christlichen Bergarbeiter stand, die glaubten, eine Reihe erheblicher Forderungen an die Zechenverwaltungen stellen zu müssen. Eine ähnliche Stellung haben die evangelischen Bergarbeiter eingenommen. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß, wenn es sich nur darum handelt, eine angemessene Erhöhung der Löhne herbeizuführen, der Streik nicht notwendig war und daß er jedenfalls begonnen ist, ehe die vorhandenen Mittel und Möglichkeiten zu einer friedlichen Beilegung erschöpft waren. (Beifall und Hört! Hört!) Ich will hier in keine Untersuchung darüber eintreten, was zuletzt die Ursache dieses Streiks gewesen ist, welche Erwägungen der Führer den Streik schließlich ausgelöst haben.

Es ist richtig, daß auch die sozialdemokratische Presse auf England hingewiesen hat, obwohl sie ausdrücklich verneint hat, daß ein Sympathiestreik beabsichtigt werde. Auf der anderen Seite hat diese Presse darauf hingewiesen, daß am 11. März — das war der Tag, an dem in einer Reihe anderer Länder Sympathiedemonstrationen für die englischen Arbeiter beabsichtigt waren (Hört, hört!) — alle diese Länder ihre Augen auf das Verhalten der deutschen Bergleute gerichtet hatten (Hört, hört!); und ich möchte feststellen, daß mir eine ganze Reihe von Protokollen über Ausschußverhandlungen vorliegen, in denen die Ausschußmitglieder des alten Verbandes erklärt haben, die Lohnverhältnisse ihrer Zechen seien so, daß man dabei zweifeln könne, ob ein Streik notwendig ist (Hört, hört!); es handele sich aber nicht um die Löhne, sondern um einen von der Organisation befohlenen Streik (Hört, hört! Rufe von Soz.: Das steht in den Protokollen?) — ja, das steht in den Protokollen. (Hört, hört!) Nun aber erkläre ich hiermit ausdrücklich: die Frage, was den Streik veranlaßt hat, will ich heute und hier nicht entscheiden, es hat nämlich auch kein Interesse. Was ich nun noch weiter darzulegen habe, ist die zweifellose Richtigkeit der Auffassung, daß der Streik, wenn er eine Lohnverbesserung erstreb, in diesem Augenblick nicht notwendig ist. (Zuruf von den Soz.: Das ist Ihre Auffassung!) — Gewiß, ich werde sie gleich des Näheren darlegen. Der Staatssekretär gibt nunmehr Tabellen für die Bewegung der Kohlenpreise auf der einen und der Bergarbeiterlöhne auf der anderen Seite für die Jahre 1906 bis 1911 bezw. 1912. Es ergibt sich hieraus, daß die Preise bei der Fettkohle im Jahre 1911 gegen das Jahr 1907 um 5,5 Prozent, bei dem Hochofenkoks um 10 Prozent zurückstanden, daß dagegen die Löhne — wenn man die Verminderung der Zahl der Schichten mit in Rechnung stellt — im Jahre 1911 gegen die des Jahres 1907 nur um 4 Prozent zurückstanden, für alle Bergarbeiter berechnet, bei den Häuern um 7 Prozent.

Um diese Zahlen richtig zu würdigen, muß man sich auch vor Augen halten, wie die Verhältnisse sich voraussichtlich 1912 gestalten werden. Hierfür habe ich vor mir eine Reihe Zahlen der fiskalischen Zechen. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Löhne in diesen Werken jetzt schon den Höchststand des Jahres 1908 überschritten haben. (Hört! Hört!) Nun wird man mir vielleicht sagen, daß das fiskalische Zechen seien, und daß die fiskalischen Zechen in den Löhnen immer etwas voranzugehen pflegen. Das ist an sich richtig, ändert aber nicht das Geringste daran, daß die hohen Löhne in den fiskalischen Zechen des Ruhrreviers zu einem Teil zurückzuführen sind auf die Lage in anderen Revieren. Ich habe hier noch eine Anzahl Lohnangaben von Privatzechen, die eine ganz ähnliche Entwicklung zeigen. Auch sie ergeben durchweg seit 1911 bis in das Jahr 1912 hinein eine zum Teil erhebliche Steigerung der Löhne über das Musterjahr 1908 hinaus. Nun wird man einwenden, daß, selbst wenn der Fiskus und eine Reihe von Privatzechen dieses günstige Bild zeigen, das kein Beweis dafür sei, daß nun die anderen Zechen das auch machen würden. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, daß das ausgeschlossen ist, daß die Löhne auf den einzelnen Zechen zwar aus verschiedenen Gründen schwanken, daß aber, wenn der Fiskus und große Zechen eine Lohnsteigerung vornehmen, die anderen Zechen unter allen Umständen folgen müssen. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Entwicklung der Dinge ist also nicht so gewesen, daß ein Streik notwendig gewesen wäre. (Hört, hört! rechts und im Zentr.) Nun kommt noch hinzu, daß auf die Anregung der Zechenverwaltungen hin fast ausnahmslos noch im Laufe dieser Woche mit den Arbeiterausschüssen verhandelt worden ist und zwar auch auf den Zechen, die grundsätzlich die Arbeiterausschüsse für die Lohnfrage nicht als zuständig betrachten. Allerdings ist, das will ich ausdrücklich feststellen, eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung als nicht durchführbar bezeichnet worden und zwar schon aus technischen Gründen, die jeder mit den Verhältnissen Vertraute kennt. Den Arbeiterausschüssen sind die Verhältnisse in den einzelnen Fällen eingehend dargelegt worden. Die Zechen haben die tatsächliche Lage den Ausschußmitgliedern geschildert, wonach schon die Löhne seit Monaten im Aufsteigen begriffen sind, und sie haben ihnen zugesichert, daß bei anhaltender Konjunktur ein weiteres Ansteigen eintreten wird. Das alles beweist, daß die Zechen ein weites Entgegenkommen gezeigt haben. Aber die Zechen sind noch weiter gegangen. Sie wären in der Lage gewesen, sämtliche Arbeiter, die am Montag unter Kontraktbruch die Arbeit niedergelegt haben, nach dreitägigem Fehlen als entlassen anzusehen und sie mit einem sechstägigen Schichtlohn zu bestrafen.

Die Zechen haben das nicht getan, sondern sie haben diesen Termin auf den nächsten Sonnabend verschoben. Sie wollen damit den Belegschaften die Möglichkeit geben, noch einmal die Verhältnisse zu prüfen, und sie wollen denjenigen Arbeitswilligen, die in der Unruhe der ersten Tage infolge mangelhaften Schutzes auf dem Wege zur Arbeit zurückgehalten wurden, ermöglichen, ohne Verluste zu erleiden, unter stärkerem Schutz wieder zur Arbeit zu gehen. (Beifall rechts und im Zentrum. Unruhe bei den Soz.) Ich schließe diesen Teil meiner Ausführungen mit der nochmaligen Betonung, daß angesichts des Verhaltens der Zechenverwaltungen, des Standes der Löhne kein hinreichender Anlaß zu einem Streik vorlag. (Zuruf bei den Soz.: „Anwalt der Zechen!") Hier wird mir zugerufen, ich sei ein Anwalt der Zechen. (Lachen.) Solange ich ein öffentliches Amt bekleide, bin ich bemüht gewesen, die Dinge objektiv und ruhig darzulegen. Was ich hier gesagt habe, sind keine Meinungen, sondern feststehende Zahlen, und ich halte mich für verpflichtet, dieses Material vor dem Lande bekanntzugeben, damit man draußen in der Lage ist, sich über die Notwendigkeit der jetzigen Lohnbewegung ein unbefangenes Urteil zu bilden. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum. Unruhe und Zurufe bei den Soz.) Man hat mich nun gefragt, was ich unter den obwaltenden Umständen zur Beilegung des Streiks tun könne. Selbst wenn ich geneigt wäre, jetzt einzugreifen, würden dazu die eigentlichen Voraussetzungen fehlen. (Sehr richtig!)

Sie (zu den Soz.) sind in den Streik getreten. (Zurufe bei den Soz.: Wir?) Ihre Leute! (Heiterkeit.) Also trotz der Bereitwilligkeit der Zechen zu Verhandlungen ist der Streik begonnen worden. Wir werden zunächst einmal abwarten müssen, zu welchem Ergebnis das Verhalten der Zechenverwaltungen in dieser Woche führen wird. Geht der Streik weiter, so können Sie mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Zechenverwaltungen dann zu nichts mehr bereit sein werden. (Sehr richtig! rechts und im Zentr., erneuter Zuruf bei den Soz.: Zechenanwalt!) Ich bin kein Anwalt der Zechen, sondern ich prüfe jetzt die Chancen des Streiks. Eine Vermittlung sans phrase würde den Streik nicht beendigen, sondern nur verlängern. Eine Vermittlung kann nur dann mit Erfolg aufgenommen werden, wenn die Zeit dafür reif ist und wenn beide Teile für die Vermittlung bereit sind. Ein vorzeitiges Eingreifen in eine derartige Bewegung würde ein direkter Fehler sein, und würde das Ende nur hinausschieben. (Sehr richtig!) Wenn in dieser ganzen Entwicklung der Streik des Jahres 1912 ein ganz anderes Bild bietet, wie der Streik von 1905, so hat er auch auf der anderen Seite ein ganz neues Bild gezeigt, daß auch die Behörden, in erster Linie allerdings für die Landesbehörden, eine Reihe neuer schwieriger Aufgaben gebracht hat. Die Arbeitseinstellung war nur teilweise. Nicht nur große Mengen unorganisierter, sondern auch der größte Teil der christlichen Gewerkschaften beteiligt sich aus wohlerwogenen und zutreffenden Gründen am Streik nicht.

Diese große Menge organisierter Arbeitswilliger stellt selbstverständlich an die Behörden die Anforderung eines absoluten und sicheren Schutzes. (Beifall rechts und im Zentrum, Unruhe bei den Soz.) Die Arbeitswilligen können beanspruchen, daß die Wege zu den Zechen frei sind, daß sie ohne Schädigung ihres Körpers und ihrer Ehre den Weg zur Arbeit zurücklegen können. Die Behörden in Preußen sind sich der Bedeutung ihrer Aufgabe keinen Augenblick nicht bewußt gewesen. Der Schutz der Arbeitswilligen ist im weitesten Umfange durchgeführt. Es sind 6000 Polizeimannschaften im Ruhrrevier vereinigt worden, und wir haben die Hoffnung, daß es uns gelingen wird, mit diesem Material den Arbeitswilligen einen Schutz zu gewährleisten. (Beifall rechts und im Zentrum.) Diese Maßnahmen sind notwendig gewesen — auch nach meiner persönlichen Ueberzeugung notwendig gewesen — weil wir Ihre (zu den Soz.) Disziplin bisher überschätzt haben. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir bleiben dabei, was der preußische Minister des Innern wiederholt erklärt hat: Es ist in Preußen nicht üblich, zur Unterstützung der Polizei Militär heranzuholen, sofern es nicht absolut notwendig ist. Wenn im Streikgebiet das Polizeipersonal, nachdem es nun genügend eingewöhnt ist, nicht genügt, um die Arbeitswilligen zu schützen, so wird die Regierung nicht zögern, Militär heranzuholen. (Großer Lärm der Soz. Sie rufen: Schießen! Schießen!) Wer zuerst geschossen hat, das wird sich noch herausstellen. (Zurufe der Soz.: Auf Vater und Mutter schießen! Anhaltende Unruhe.) Auf Vater und Mutter wird nicht geschossen, sondern es werden die Arbeitswilligen geschützt gegen Angriffe auf ihre Gesundheit, auf ihre Ehre. (Stürmischer Beifall.) Die öffentliche Arbeit zu schützen, das ist die Aufgabe des Staates. (Lebhafter Beifall; Lärm der Soz.) Das mag Ihnen unangenehm sein, aber daran sind diejenigen schuld — (der Nachsatz wird vom Lärm verschlungen). Wir werden unnachsichtlich gegen die einschreiten, die die Freiheit anderer unwürdig beschränken. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Sachse (Soz.):

Früher schrieb einmal der kommandierende General aus dem Streikgebiet nach Berlin: Es ist hier alles ruhig, bis auf die Polizeibehörde! So auch hier. Es ist alles ruhig, bis auf das Zentrum und seine Helfershelfer (Großer Lärm im Zentr. und rechts.) Ein großer Teil der Christlichen geht mit uns. Heute haben wieder zahlreiche Christliche die Arbeit niedergelegt. (Hört, hört! Beifall der Soz.) Unwahr sind die Nachrichten über Zusammenstöße in Bochum. Kein einziger Zusammenstoß hat stattgefunden. (Hört, hört!) Die Christlichen haben bereits selbst Streikbureaus errichtet. Das ist wieder der alte kameradschaftliche Geist von 1905. (Lebh. Beifall der Soz.) Wieder kämpfen wir gemeinsam und haben unsere Streikbureaus in einem Hause, in einem Zimmer. (Bravo! links.) Alle wären die Christlichen mit uns gegangen, wenn nicht gewisse Leute wären! (Lärm bei den Soz., Zurufe: Verräter!) Ich will diese Leute nicht näher charakterisieren, um keinen unparlamentarischen Ausdruck gebrauchen zu müssen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist die München-Gladbacher Schule! Sie haben das Volk verhetzt und irregeführt. (Gelächter im Zentr.) Viele Christlichen haben sich schon unserem Verbande angeschlossen, obgleich die christlichen Führer sie flehentlich baten, doch auszuharren.

Bezeichnend ist, daß die gelben Arbeiter ganz auf Seite der Christlichen stehen. (Gelächter der Soz.) Sie sagen von den Erklärungen der Christlichen: „Das sind gesunde gelbe Ansichten, diese Gründe können wir uns zu eigen machen!" (Schallendes Gelächter links.) Soweit ist es mit den Christlichen gekommen. (Ich gratuliere Herrn Schiffer! (Lachen i. Zentr.) Es ist kein Sympathiestreik für England. Der Staatssekretär war ehrlicher als der Zentrumsredner. Er hat festgestellt, daß diese Lohnbewegung schon seit dem Spätherbst 1910 in der Luft liegt. Und wenn in England auch alles ruhig gewesen wäre, wir mußten nach den Wahlen den Streik machen. (Hört! hört!) Alles andere über Verhandlungen mit England ist unwahr. Herr Giesberts hat den traurigen Mut gehabt, vor einigen Tagen hier zu erklären, der alte Verband habe gesagt, er wolle den Christlichen ein schmerzstillendes Halsband umlegen. Alles unwahr! Herr Delbrück erklärte: Voller Schutz den Arbeitern, die arbeiten wollen. Wir verlangen auch volle Freiheit, vollen Schutz für die, die nicht arbeiten wollen. (Stürmischer Beifall der Soz.) Schamlos wäre es, wenn einer das Gegenteil wollte! Beide Teile müssen geschützt werden. Schon machen die Christlichen Terrorismusversuche. (Hört, hört!)

Beim Mansfelder Streik hat der Kollege Giesberts noch dem einergisch sein wollenden Fraktionskollegen Fahrbender Vorwürfe deswegen gemacht, weil dieser den Streikbruch verteidigte und Schutz für die Streikbrecher verlangte. Seitdem haben wir ein vollständiges Umschwenken im christlichen Lager erlebt. Vor sieben Jahren hat der christliche Führer Efferts erklärt, die Zechenbesitzer hätten freiwillig noch niemals eine Lohnerhöhung bewilligt. Er hat damals erklärt, daß, wenn die Zechenbesitzer ihre Versprechungen gehalten hätten, es 1905 zu keinem Streik gekommen wäre, und daß, wenn die Bergherren ihre Versprechungen nicht halten, dies Kontraktbruch sei. Jetzt sind es dieselben christlichen Führer, die gegen den Streik predigen, uns weis machen wollen, die Zechenbesitzer würden freiwillig nachgeben. (Abg. Behrens ruft: Tun sie auch!) Nein! Kollege Behrens! Mit den hartgesottenen Bergherren muß man Fraktur sprechen! Da heißt es: die Zähne gezeigt! Nur dem Mutigen gehört die Zukunft! (Lebh. Beifall bei den Soz.) Die christlichen Brüder sagen das selbst; wenn ihre Führer nicht gegen den Streik wären, wenn die christlichen Arbeiter auf Streikunterstützung rechnen könnten, würde Mann und Maus streiken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Giesberts hat unsere zehn Forderungen als durchaus berechtigt bezeichnet, dafür berufe ich mich auf den Herrn Staatssekretär als Zeugen. Nur die Zeit sei nicht geeignet, sagt Herr Giesberts. Aber wenn die Zeit jetzt nicht geeignet sein soll, dann weiß ich wirklich nicht. Der christliche Sekretär Vogelsang hat schon im November 1909 gesagt, in zwei oder drei Jahren würde der Kampf mit den sozialdemokratischen Brüdern entbrennen, dann würde es sich um Sein oder Nichtsein des christlichen Gewerkvereins handeln; würden die Christlichen dann unterliegen, so würde die Sozialdemokratie die Regierungspartei werden. (Heiterkeit bei den Soz.)

Die Christlichen haben politische Motive gehabt, das hat Brust selbst anerkannt. Mit Eichenprügeln und Revolvern ist man früher gegen uns vorgegangen, selbst Frauen hat man damit bedroht. Selbst die „Köln. Volksztg." hat bei einem christlichen Streik in Lothringen anerkannt, daß die Arbeitswilligen in der Regel nicht aus anständigen Elementen bestehen, und der Abg. Hitze hat den Streikbruch einen Verrat der Standesehre genannt. Danach sind auch Ihre Leute! Militär ist in Dortmund, Polizei zu Tausenden im Streikgebiet; die armen Gemeinden müssen das bezahlen. (Zuruf vom Zentrum: Sie sind schuld daran!) — Nein Sie! Unser Dreibund ist stolz darauf, die Arbeiterinteressen zu vertreten; auch bei Ihnen ist ein Dreibund: Polizei, Scharfmacher und, Gott sei es geklagt, der christliche Gewerkverein! Der hat die Lüge verbreitet, Hue sei eingeladen zu der Konferenz mit dem Staatssekretär hier im Reichstagsgebäude erschienen. (Zurufe: Das ist Wahrheit!) — Nein, bleiben Sie bei der Wahrheit!

Hue mußte sowieso nach Berlin zu einer Sitzung über ein Statut für Volksversicherung. Da habe ich ihm gesagt, dann gehst du vielleicht auch auf die Konferenz. Da bin ich hier hinten in das Zimmer gegangen, der Staatssekretär war gerade hinausgegangen, aber Unterstaatssekretär Richter war da und Oberberghauptmann v. Velsen. Ich sagte: Hue ist hier, könnte er nicht an der Sitzung teilnehmen? Bitte, bitte! sagte da der Unterstaatssekretär (Heiterkeit.), und Herr v. Velsen sagte: Ja, bitte, holen Sie ihn doch, er ist mein Landsmann! (Heiterkeit.) Hue ist ausdrücklich zugelassen worden. Ich frage die Herren Delbrück, v. Velsen und seinen Chef Sydow, wann die Lohnerhöhung eintreten sollte, warum hat die fiskalische Verwaltung keinen Schritt dazu getan? Man hat Schauernachrichten verbreitet; wie sind aber die Unruhen entstanden? Durch das Vorgehen der Polizei. Der Redner schildert in diesem Sinne eine Reihe von Vorfällen und bemerkt auf das Gelächter von rechts: Sie lachen. Sie wollen es also so haben: Zurufe rechts: Nein, wir lachen, weil es nicht wahr sein kann!)

Es muß jetzt aufgefordert werden, die Kinder nicht in die Schule zu schicken, weil sie Gefahr laufen, von der Polizei verletzt zu werden. Selbst die Kölnische Zeitung schreibt z. B. aus dem Herner Bezirk: Wenn einige Bergleute behauptet hätten, sie fürchteten sich zur Arbeit zu gehen, so sei das nur als eine Ausrede anzusehen. (Hört! Hört! bei den Soz.) In Solingen wollten die feiernden Arbeiter in eine Versammlung gehen; da erschien berittene Polizei, drängte sie in den Saal hinein und hauten von hinten ein, als es nicht so schnell ging. (Pfuirufe bei den Soz.)

Vizepräsident Dove: Pfuirufe sind parlamentarisch nicht zulässig. (Erneute Pfuirufe.) Wenn Sie damit fortfahren, so muß ich die einzelnen Herren ermitteln und zur Ordnung rufen.

Abg. Sachse (Soz.):

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", das Blatt der Zechenbesitzer, schreibt nach in ihrer gestrigen Mittagsausgabe: Man kann feststellen, daß nach wie vor im allgemeinen die Lage unverändert ist und mit Ausnahme des Hamborner Krawalls irgendwelche ernste Ausschreitungen nicht vorgekommen sind. Gerüchte verdichten sich zu Berichten, aber bei genauer Feststellung ergab es sich, daß es verhältnismäßig harmlose Zusammenrottungen waren. Streikbureaus werden schon unterlagt. So provoziert man. Die Streikbrecher werden aufgefordert zu schießen, und einigen haben die Arbeiter die Revolver schon abnehmen müssen. So geht es in Deutschland zu, von dem Graf Posadowsky einmal sagte, daß alle denkbaren Rechtsgarantien vorhanden seien. (Großes Gelächter der Soz. Zuruf: Man muß sich schämen, ein Preuße zu sein!) Wir haben die Streikenden zur Ruhe ermahnt und zur Vermeidung des Alkohols, und wenn der Staatssekretär über die Disziplin bei uns spottet — lieber Herr Staatssekretär (Große Heiterkeit): ich wollte Sie einmal sehen und Ihre Kollegen, wenn Sie in der Weise von den Polizisten behandelt würden (Stürmischer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120315018/fragment/page=0002

Beifall der Soz.), ob Ihnen da nicht die Galle überläuft gegen diese Polizeiwirtschaft, gegen diese Bluthunde! (Große Unruhe und Tumult.)

Vizepräsident Dove erzwingt mühsam Ruhe: Die Bezeichnung von Beamten als Bluthunde ist unzulässig. Ich rufe Sie zur Ordnung!

Abg. Sachse (Soz.):

Als die ersten Berliner Polizisten eintrafen, wurden wir gefragt, ob das die Leute von Moabit seien, ob vielleicht der Mörder von Herrmann dabei sei. (Große Unruhe. Beifall bei den Soz.) Wer ist schuld an solcher Aufregung? (Abg. Graf Westarp ruft: Der frivole Streik ist da schuld! Lärm der Soz.) Bei Ihnen, Herr Graf Westarp, ist natürlich jeder Streik frivol; wenn Sie aber mit dem Jammerlohn von fünf Mark eine zehnköpfige Familie ernähren müßten, würden Sie auch Streikbrecher werden. In das preußische Herrenhaus (Zurufe von den Soz.: Irrenhaus! — Vizepräsident Dove: Sie dürfen ein Institut des preußischen Staates nicht verunglimpfen. (Heiterkeit bei den Soz.) Im preußischen Herrenhaus hat Herr v. Puttkamer den Mut gehabt, eine Rede zu halten, die geradezu nach Blut gedürstet hat. Wie hat Herr Buck seinerzeit gehetzt. Sie (nach rechts) behaupten, Sie wollen das Organisationsrecht nicht antasten. Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Sie wollen das Organisationsrecht beseitigen, deshalb schreien Sie nach Schutz der Arbeitswilligen.

Herr Weidtmann hat im Herrenhaus erklärt, daß nur die Lohnfrage uns in den Ausstand getrieben hat. Hier haben Sie, Herr Staatssekretär, einen Zeugen für unsere Behauptung, der Ihnen hoffentlich genügt. Freilich widersprach er sich selbst später und erklärte, daß nur der Kampf zwischen den beiden großen Organisationen den Streik verursacht habe. Welch lächerliche Behauptung! Es ist auch nicht wahr, daß wir aus Erbitterung über unsere Niederlage bei den Wahlen in Rheinland-Westfalen den Streik proklamiert haben. Wir haben dort 55 000 Stimmen gewonnen und nur gegen die vereinigten Gegenparteien mußte Hue unterliegen. Gerade die Haltung des Herrn Weidtmann hat die Aufregung unter den Arbeitern hervorgerufen. Der Bochumer Bergwerksverein hat es durchgedrückt, daß den Arbeitern die so geringen Leistungen der Witwen- und Waisenrenten wieder abgenommen wurden. Unsere ganz mäßigen Forderungen hat Herr Weidtmann mit Zynismus zurückgewiesen. Im Knappschaftsverein haben die Arbeiter nichts zu sagen, an dem Etat dürfen sie nichts ändern. Ueberall herrscht der Herrenstandpunkt, das Herrenrecht!

Wir nutzen mit dem Streik eine günstige Konjunktur aus. Tut das der Kaufmann nicht auch? Vergessen Sie auch die Teuerung nicht! Dabei sind die Werküberschüsse ganz namhaft gestiegen. Die Zechen könnten die Löhne wohl erhöhen, wenn sie nur wollten. Die Verhandlungen, zu denen die Arbeiterausschüsse zugelassen waren, waren nur Theater; seine Zusagen wurden nicht gemacht. Damit wären auch die Voraussetzungen für eine Vermittlung der Regierung gegeben, und Sie könnten den Frieden schon morgen haben. (Hört! Hört!) Aber die Kohlenbarone wollen ihre Arbeiter wie rechtlose Hunde behandeln! (Unruhe; Beifall bei den Soz.) Die Scharfmacher haben jetzt Militär und Maschinengewehre kommen lassen, die Arbeiter werden aber doch nicht zu Kreuze kriechen. Hätten Sie unsere Ordnungsmänner wie 1905 wirken lassen (Abg. Dr. Arendt (Ntp.) ruft: Wäre alles drunter und drüber gegangen!) nein, Herr Arendt, sie hätten die Ordnung aufrecht erhalten wie im Mansfelder Streik. (Abg. Dr. Arendt: Wenn das Militär nicht gekommen wäre!)

Glauben die Zechenbesitzer, jetzt ist das Militär da, jetzt ist alles gut, so irren sie sich. Die Arbeiter sind keine Sklaven mehr, (Stürmischer Beifall der Soz., der sich bei jedem folgenden Satze des Redners erneuert.) Die Arbeiter lassen sich nicht wie Hunde behandeln. Die Arbeiter fordern ihr Recht. Sie, meine Herren von der Rechten, vom Zentrum, von der Regierung, Sie haben dem arbeitenden Volk die Lebensmittel künstlich verteuert. (Große Unruhe und Widerspruch rechts.) Die Löhne müssen erhöht werden, ob fünfzehn, vierzehn oder dreizehn Prozent, darüber läßt sich reden. (Abg. Behrens: Hört! Hört!) Ich schließe mit dem Wort unseres verehrten Dichters Kämpfen: Wir sind keine rote Verräterschar, wir wollen nur Menschenrechte, wir krümmen keinem Kinde ein Haar, doch sind wir klar zum Gefecht, wir kämpfen um unser gutes Recht, ein Freier zu sein und kein ewiger Knecht. (Lebh. Beifall d. Soz.)

Abg. Rogalla v. Bieberstein (Kons.):

Die Rede, die wir eben gehört haben, wird den Frieden nicht wahren. (Sehr richtig! Unruhe b. d. Soz.) Daß jetzt Militär in das Streikgebiet gesandt worden ist — ich und meine Freunde begrüßen das mit lebhafter Freude. (Großer Lärm b. d. Soz. und Rufe: Pfui!) Denn es scheint, daß die Polizei nicht ausgereicht hat, den Schutz der Arbeitswilligen und der friedlichen Bürger zu auszuüben, wie es dringend notwendig war. (Sehr richtig! — Lachen und Unruhe b. d. Soz.) Herr Sachs hat es natürlich so hingestellt, als ob die sozialdemokratischen streikenden Arbeiter wie in Moabit an allem unschuldig sind (Zurufe b. d. Soz: Sehr richtig!) Dem widerspreche ich mit aller Energie. Ich lege gegen diese Verunglimpfung der Polizei, die im Streikgebiet ihr schweres Amt in treuer Pflichterfüllung tut, energisch Verwahrung ein. (Lebhafter Beifall.)

Herr Sachse hat die Depesche, die aus dem Ruhrrevier an den Reichskanzler gesandt wurde, eingehend besprochen. Es sind aber Dutzende von Depeschen bei den maßgebenden Stellen eingegangen, in denen die Arbeitswilligen darlegen, in welch unerhörter Weise sie von den streikenden sozialdemokratischen Arbeitern behandelt werden. (Großer Lärm b. d. Soz.) Der Staatssekretär bezeichnet den Streik als unnötig, wenn es sich nur um eine Erhöhung der Löhne gehandelt hätte. Wir geben ihm recht, der Streik ist nach unserer Ansicht unberechtigt. (Sehr richtig! und Unruhe.) (Er war leichtsinnig vom Zaune gebrochen. (Großer Lärm bei den Soz.) Herr Sachse hat eben noch gesagt, wer diesem Streik politische Motive zugrunde lege, behaupte eine ungeheure Frechheit. (Sehr richtig b. d. Soz.) Trotzdem behaupte ich, daß der Streik auf politischen Gründen beruht. (Großer lang andauernder Lärm bei den Soz. Ruf: Lüge! Glocke des Präsidenten.)

Präsident Dr. Kaempf: Wer hat das Wort Lüge ausgesprochen? (Der Abg. Sachse meldet sich.) Nachdem sich der Abg. Sachse zu dem Worte bekannt hat, rufe ich ihn zur Ordnung.

Abg. v. Bieberstein:

Die Gewerkschaften haben mit der Inszenierung des Streikes eine Machtprobe ablegen wollen. (Stürmischer Widerspruch b. d. Soz.) Diese Machtprobe wird Ihnen allerdings nicht ganz gelingen, und an der Verantwortung, die Ihnen aus Ihrem Vorgehen erwächst, werden Sie unendlich schwer zu tragen haben. (Sehr richtig! rechts.) Weiter ist der Streik entschieden ein Sympathiestreik für die englischen Arbeiter. (Lachen und Unruhe b. d. Soz. Zurufe: Dummes Zeug!) Ob Sie darüber lachen oder das bestreiten oder „dummes Zeug" rufen, was nicht ganz parlamentarisch erscheint, (Sehr richtig! rechts) so ist der Streik doch in diesem Augenblick eine große Dummheit. Das hat selbst Herr Hue vor einigen Wochen zugegeben, der Streik nutzt nur den Grubenherren in England und schadet ebenso den englischen Arbeitern wie unseren. (Zurufe b. d. Soz.: Dann ist es doch kein Sympathiestreik!) Die englischen Arbeiter können jetzt in Ruhe abwarten, weil wir ihnen jetzt ihre Absatzgebiete nicht abnehmen können. Damit werden unsere Arbeiter aufs entschiedenste geschädigt.

Die Hauptsache aber ist: Der Streik wurde in Szene gesetzt aus Haß, aus Zorn gegen die christlichen Gewerkschaften. (Lärm der Soz.) Das ist des Pudels Kern. Sie wollten das Ende der christlichen Gewerkschaften herbeiführen. War dieser Streik notwendig? Nein! Im Bergrevier herrschte eine allgemeine Zufriedenheit! (Zurufe der Soz.: Sie müssen's ja wissen!) Die Zechen sind in loyalster Weise entgegengekommen. Die 10 Forderungen des alten Verbandes konnten nicht bewilligt werden. Die Sozialdemokraten sind schuld an diesem frivolen Streik. (Lärm der Soz.) Den Christlichen gebührt Dank, daß sie nicht mitmachen, obwohl auch sie eine Lohnerhöhung für nötig halten. (Gelächter der Soz.) Der Streik wird keinen Erfolg haben. Soweit sind wir noch nicht, daß die Sozialdemokratie die Löhne bestimmt. (Lachen der Soz.) Sonst würde es bald keine Arbeitgeber mehr geben.

Es ist in der heutigen Zeit wirklich kein Vergnügen, weder gewerblicher, noch landwirtschaftlicher Arbeitgeber zu sein. Die Leute im Ruhrrevier sind systematisch verhetzt worden. Viele streiken nicht weil sie den Streik wollen, sondern weil sie durch brutale Gewalt an der Arbeit behindert werden. (Lebh. Beifall rechts und im Zentr., Gelächter bei den Soz.) Wir verlangen den Schutz der Arbeitswilligen den Schutz der persönlichen Freiheit, den Schutz der christlichen Gewerkschaften. Die Unternehmer erkennen es dankbar an, daß sie nicht mitgemacht haben. Ueber die Polizeimaßnahmen wird der preußische Minister des Innern im Landtage Rede und Antwort stehen. Militär muß zum Schutze der Arbeitswilligen bereit sein. Ich freue mich, daß der Staatssekretär für energischen Schutz sorgen will. Ich richte auch in diesem Hause im Namen meiner Fraktion an die preußische Regierung den Wunsch, und wir erwarten (Zurufe der Soz.: Befehlen!), daß die preußische Regierung mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen die Ruhe und Ordnung im Streikgebiet aufrecht erhält. Wir verlangen, daß die Regierung alle Machtmittel entfaltet, um die Arbeitswilligen und deren Angehörige zu schützen vor der brutalen Vergewaltigung der volksverhetzenden Sozialdemokratie. (Lebh. Beifall rechts und im Zentr., großer Lärm bei den Soz.)

Preuß. Minister Dr. Sydow:

Gegenüber einer Aeußerung des Abg. Sachse habe ich im Namen der preußischen Regierung zu erklären, daß vor ihr alle gleich sind, die sich mit den Gesetzen nicht in Widerspruch setzen, die Streikenden wie die Arbeitswilligen. (Zuruf der Soz.: Ist ja nicht wahr!) Es ist wohl wahr. Wer sich beim Streik nichts zuschulden kommen läßt, wer in die persönliche Freiheit anderer nicht eingreift, dem wird kein Beamter etwas tun. Ich verweise auf eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten von Essen, in der es ausdrücklich heißt: Streikende, die sich ruhig verhalten und insbesondere Arbeitswillige nicht belästigen, haben bei etwaigen Angriffen der Gegenpartei ebenso sicher auf den Schutz der Polizeibeamten zu rechnen, wie diejenigen, die ruhig ihrer Arbeit nachgehen und sich jedes Angriffs auf Personen und Sachen enthalten. Wenn man Herrn Sachse gehört hat, müßte man glauben, es gehe im Ruhrrevier etwa folgendermaßen zu: Die Polizeibeamten und Schutzleute von auswärts gehen auf die Straße und suchen einen Streikenden, um ihn womöglich anzuschießen. Die Arbeitswilligen aber ziehen mit Schwertern und Stangen los, um die Streikenden mit Gewalt zur Arbeit zu zwingen. (Heiterkeit.) Wir haben viele Telegramme bekommen, in denen sich Arbeitswillige über Belästigungen beschweren.

Mir liegt ein gestern abgesandter Bericht vom Regierungspräsidenten in Münster vor, der ein etwas anderes Bild von den Vorgängen gibt, wie es Herr Sachse darstellt. Dieser Bericht, der objektiv ermittelte Tatsachen enthält. (Große Unruhe b. d. Soz. Zuruf: Objektiv?) — jawohl objektiv — darin heißt es, daß es leider an verschiedenen Stellen nicht in wünschenswertem Maße gelungen ist, den Arbeitswilligen wirksamen Schutz zu gewähren. (Hört, hört! Abg. Ledebour: Beiseite Arbeit!) So schnell können wir nicht arbeiten, daß wir heute bereits einen heutigen Bericht übersandt haben, das gestern geschehen ist. Weiter heißt es darin: Am 11. März kamen mehrere sich beim Schichtwechsel kurz vor dem Eingang zur Zeche „Ewald" dreibundert Personen, die die Straße teilweise versperrten und die Arbeitswilligen durch Zurufe teilweise beschimpften. Die Polizei mahnte zur Ruhe. Als sich die Menge nachmals zu Pfuirufen hinreißen ließ, forderte der Polizeikommissar die Menge zum Verlassen auf. Darauf ertönten erneute Pfuirufe. Jetzt gingen die Beamten mit den Waffen vor. (Hört, hört! rechts; Pfuirufe b. d. Soz.) Zwei Bergleute sind über Arbeitswillige hergefallen und haben einem von ihnen schwer verletzt, so daß ihm das linke Auge durchgeschlagen wurde. (Hört, hört! rechts.)

Die zur Mittagsschicht fahrenden Radler wurden angefallen, auch von Weibern. (Stürmische Zwischenrufe bei den Soz.: Weiber, Weiber!) Diese Damen also (Große Heiterkeit.) haben die Räder festgehalten und die Radler konnten nicht einfahren, weil man sie ernstlich bedrohte. Kinder, die ihren Vätern das Mittagessen bringen wollten, wurden angehalten und ihnen die Henkeltöpfe weggenommen. (Hört, hört! rechts.) Die Streikenden gingen von Haus zu Haus, um zu sehen, ob die betreffenden Bergarbeiter zur Schicht gegangen seien. Das sind natürlich bloß Mittel, um die Arbeitswilligen zu belästigen. Bemerkenswert ist, daß Frauen mit Kinderwagen vorgeschickt wurden. (Stürmischer Gelächter bei den Soz. Hört, hört! rechts.) Auf der Zeche Radbod wurden Arbeitswillige durch Beschimpfung an der Arbeit zu hindern gesucht. (Zuruf bei den Soz.: Das glauben Sie doch selbst nicht!) Jawohl, ich bin sogar fest überzeugt davon.

Nun möchte ich noch auf einen Punkt kommen, der wahrscheinlich dauch bei Ihrer Gemütsstimmung in Ruhe behandelt werden kann (Heiterkeit): die Frage des Herrn Sachse, warum die Regierung den fiskalischen Arbeitern nicht greifbare Vorschläge machte. An der Spitze der Forderungen stand die 15prozentige Lohnerhöhung. Die geht weit über das hinaus, was der Bergbau tragen kann. 15 Prozent vom Jahreslohn im Ruhrrevier macht mit Knappschaftsbeiträgen 80 Millionen Mark. Die Preissteigerung wird 67½ Millionen bringen; die 15 Prozent Lohnsteigerung würde also mehr betragen, und manche Zechen würden direkt Verluste haben. Der Minister gibt einzelne Berechnungsbeispiele. Der fiskalische Bergbau zahlte 1911 110 Millionen Mark an Löhnen; 15 Proz. davon wären 16 Millionen; das Ganze, was er an die allgemeine Staatskasse abführt, ist 11½ Millionen; der Fiskus würde also 5 Millionen Defizit haben. Wollen Sie, daß der Bergbau nicht eine Wohltätigkeitseinrichtung ist, sondern ein kaufmännisches Unternehmen, dann können Sie das nicht verlangen. (Sehr wahr.)

Aber überhaupt, derartige schematische Lohnsteigerungen sind nicht angängig. Die Verhältnisse in den Revieren, die Lebenshaltung im Norden und Süden sind verschieden. Dazu kommt das Angebot an Arbeitskräften; die fiskalischen Zechen müssen deshalb etwas höhere Löhne zahlen als die übrigen; daraus aber zu folgern, daß auch die anderen Zechen die gleichen Löhne zahlen sollen, wäre unbillig. Auch innerhalb derselben Zeche kommen große Verschiedenheiten vor, sowohl was die Art der Arbeit anbetrifft, als auch die Leute. Es gibt fleißige und minder fleißige Leute; da muß man sich Arbeit und Leute ansehen und danach entscheiden. Noch schwieriger ist eine schematische Regelung der Gedinge. Sie werden überall finden, daß die Bergwerksdirektionen gesagt haben: Wir denken ungefähr so und so viel bei den Schichtlöhnen zuzulegen, und wir nehmen an, daß auch das Gedinge steigern wird. (Der Minister gibt einige Beispiele.) Sie sehen also aus dem allen, daß der Streik nicht zufällig ausgebrochen ist, sondern von vornherein beschlossen war; es wurde der Masse beigebracht, sie mußte jetzt die Konjunktur ausnutzen. (Beifall.)

Dr. Böttger (Natl.):

Ich spreche für meinen Fraktionsfreund Heckmann, der leider durch seinen Unfall noch verhindert ist, sich an der Erörterung zu beteiligen. Von dem Interpellanten haben wir gehört, daß der Streik eine innere Berechtigung nicht hat, und andere Redner haben sich ihm angeschlossen. Auch der Staatssekretär hat sich auf rein historischer Grundlage zu der Annahme bekannt, daß der Streik im Wesentlichen auf politische Motive zurückzuführen ist. Auch ich erkenne eine innere Berechtigung des Streiks nicht an. Die nichtorganisierten und christlichen Arbeiter, die gegen körperliche und geistige Angriffe von allen Seiten standhalten, verdienen unseren Dank, daß sie in ihrer schwierigen Stellung aushalten. Mögen ihre Bemühungen Erfolg haben, damit eine Verständigung schließlich zustande komme, die der Besserung der Konjunktur entspricht. Die Aufgabe der Regierung ist, die Ruhe im Ruhrgebiet aufrecht zu erhalten und es scheint, daß sie dafür die nötigen Garantien bietet. Wenn die Regierung so fortfährt, so muß der Streik in kurzer Zeit zu Ende gehen.

Die drei Verbände fordern eine Aenderung der Lohnverhältnisse und der Lohnzahlung. Letztere ist verbesserungsbedürftig, auch wenn die Zechen einige Schreiber mehr einstellen müssen. Auch über die Neben- und Ueberschichten und paritätischen Arbeitsnachweis und Schiedsgerichte läßt sich reden. Wie weit das im einzelnen geschehen kann, müssen die zuständigen Instanzen entscheiden, die Arbeiterausschüsse und Zechenverwaltungen. Die Menge und Höhe der Forderungen beweisen aber noch nicht die Berechtigung des Streikes, und es ist bezeichnend, daß diesmal dem Streik die Sympathiendes Publikums so gut wie ganz fehlen. Er ist von ihm moralisch verurteilt worden als ein Manöver der sozialistischen Internationale, als Sympathiekundgebung für die streikenden Engländer.

Die Lohnfrage hat aber alle anderen Streikpunkte zurückgedrängt. Da aber nach den letzten Lohnerhöhungen, und dem zum 1. April bevorstehenden, der Streik keine Vorteile für die Arbeiter hervorholen kann, so verurteilt die öffentliche Meinung den Streik als unberechtigt und frivol. Gegenüber der Forderung einer 15prozentigen Lohnerhöhung ist doch festzustellen, daß mit Ausnahme der Häuer alle anderen Arbeiter unter und über Tag die Löhne von 1907 bereits wieder erreicht oder schon überschritten haben. Der Redner begründet das in einer eingehenden Statistik, in der er außerdem ausführt, daß die Teuerung der Lebensverhältnisse nicht, wie die Verbände behaupten, 14 Prozent, sondern noch nicht 9 Prozent betrage. Die Berechnung stellt sich für das Jahr 1910 noch günstiger.

Es liegen bündige Erklärungen über die Lohnerhöhung vom 1 April ab vor. Darauf muß man sich verlassen. Freilich ist ebenso deutlich erklärt worden, daß eine generelle fünfzehnprozentige Lohnerhöhung ausgeschlossen ist. Der Minister hat das ja eben ausgeführt. Ein Teil der besonders leistungsfähigen Zechen würde vielleicht noch eine Dividende zahlen können, der größere Teil müßte mit Zubuße arbeiten und über kurz oder lang einstellen und alsdann Tausende von Arbeitern zum Feiern bringen. Nun tritt aber noch in den zehn Punkten der Bergarbeiterforderungen das Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit auf, das notgedrungen zu einer weiteren Verteuerung des Betriebs und zur Verminderung des Ertrages führen muß. Die Belegschaft müßte mehrmehrt werden, was alles in allem wiederum wieder 65 Millionen mehr kosten würde. Solche starken Verschiebungen bei den Produktionskosten setzen nicht nur die Dividenden in Gefahr, sondern auch den ganzen Betrieb und den Wettbewerb auf dem Weltmarkt. (Sehr wahr!)

Die Steinkohle ist nun einmal Weltmarktartikel und ohne den schwer erstrittenen Außenhandel können die Ruhrkohlenzechen auf die Dauer nicht existieren. Also diese Frage muß mit Vorsicht behandelt werden, gerade auch im Interesse der Bergarbeiter. Läßt die Forderung sich erfüllen, ohne daß die Volkswirtschaft Schaden leidet, so wird man ihr gern zustimmen da die Arbeit des Bergmanns beschwerlich ist und er der Zeit der Erholung und der geistigen und körperlichen Auffrischung ganz besonders bedarf. Es ist unmöglich, all die übrigen Forderungen durchzusprechen. Was berechtigt ist und den Betrieb der Werke nicht stört, muß sich durchsetzen bei den Verhandlungen der Instanzen. Mögen die Arbeitswilligen ausharren und ihnen ein ausreichender Schutz zuteil werden. Möge der harte und erbitterte Lohnkampf im Ruhrrevier bald beendet sein, möge er nicht zu schwere Wunden schlagen. Möge der friedlichen Verständigung das zufallen, was dem unberechtigten Streik und dem Terrorismus versagt sein muß. (Lebhafter Beifall.)

Weiterberatung Freitag 1 Uhr. Vorher Nachtragsetat und schleuniger Antrag auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Grafen Oppersdorff. Dieser Antrag ist nicht vom Zentrum sondern von volksparteilichen Abgeordneten gestellt, was zu Heiterkeit Veranlassung gibt.

Schluß 6½ Uhr.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung, Donnerstag, 14. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Der Präsident teilt die vier den Streik im Ruhrgebiet betreffenden Interpellationen mit.

Erste Beratung des Ausführungsgesetzes zur Maß- und Gewichtsordnung von 1908.

Der Entwurf regelt die Verpflichtungen der Gemeinden zur Mitwirkung bei den öffentlichen Eichtagen.

Abg. Baerecke (Kons.):

Ohne Härten für die Gemeinden wird das Gesetz nicht auszuführen sein. Aber gesetzlich läßt sich dagegen nichts festlegen.

Abg. Dr. König (Zentr.)

beantragt die Verweisung an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Schrock (Freikons.):

Wir würden die Verweisung an die Gemeindekommission vorziehen. Eine Folge der Vorlage wird leider sein, daß die kleinstädtischen Gewerbetreibenden mit denen der Großstadt noch weniger konkurrieren können.

Abg. Dr. Dumrath (Natl.)

spricht ebenfalls für Verweisung an die Gemeindekommission.

Minister Dr. Sydow:

Von den 500 in Betracht kommenden Gemeinden werden 100 ihre eigenen Eichämter behalten, während in 100 anderen Fällen der Staat die Eichämter übernehmen wird. Bei den übrigen 300 Aemtern gibt es eine Menge Leute, die das Eichamt nur nebenbei ausüben. Weitere Erörterungen kann ich der Kommission vorbehalten.

Die Abgg. Geisler (Zentr.) und Busch (Zentr.) bringen Beschwerden von Eichmeistern vor. Alten Beamten werden zuweilen Dienste zugemutet, die sie zu Hausknechten degradieren.

Der Entwurf geht an die Gemeindekommission.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung und Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz.

Der Entwurf führt den polizeilichen Arbeitszwang bei Arbeitscheuen und säumigen Nährpflichtigen ein.

Abg. v. Kardorff (Freikons.)

beantragt Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Es handele sich um eine große soziale Aufgabe, die unter allen Umständen erfüllt werden müsse. Hoffentlich gelinge es, die Armenpflege freizumachen von den Belastungen, denen sie heute ausgesetzt ist. (Beifall rechts.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120315018/fragment/page=0003

Unterstaatssekretär Holtz:

Der Entwurf geht von der allgemeinen Erwägung aus, daß der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung des Armenverbandes zur Fürsorge ein öffentlich-rechtlicher Anspruch auf die Arbeitsleistung der Personen, die der Fürsorge unterliegen, gegenüberstehe. Deshalb werde der Arbeitszwang hier festgelegt. Tatsache sei, daß gerade das Bewußtsein, Verpflichtungen gegen die Eltern zu haben, in weiten Kreisen des Volkes im Schwinden begriffen sei. Die Vorlage solle dazu beitragen, wieder etwas das soziale Empfinden zu stärken, daß man für seine nächsten Angehörigen auch gewisse moralische Verpflichtungen zur Erhaltung der bürgerlichen Existenz zu erfüllen habe. (Beifall.)

Abg. **Schmedding** (Zentr.)

empfiehlt eine Kommission von 21 Mitgliedern. Der Vorlage selbst stehe er sympathisch gegenüber. Der frivolen Inanspruchnahme der Armenpflege müsse ein Riegel vorgeschoben werden. Die Mittel des Strafgesetzbuches haben sich hier als stumpfe Waffe erwiesen. So wende sich das Augenmerk immer mehr dem Arbeitszwang zu, nur dürfe dieser nicht den Charakter einer Strafe annehmen. Ein Teil meiner politischen Freunde wünscht einen größeren Schutz gegen die Freiheitsbeschränkung, wie sie hier im Entwurf vorgesehen ist. Ich wünsche noch Bestimmungen, um den Stromern und Vagabunden besser beikommen zu können. Gegen diese ist das Gesetz bisher fruchtlos.

Abg. **Boisly** (Natl.):

Ich kann mich doch nicht den juristischen Bedenken verschließen, die gegen die Kompetenz des Landtages zum Beschluß eines solchen Gesetzes geltend gemacht worden sind. Es ist doch keine nebensächliche, sondern eine sehr wichtige Frage, ob wir hier in Preußen überhaupt in der Lage sind, einen derartigen Gesetzentwurf anzunehmen. (Sehr richtig!) In längeren juristischen Darlegungen sucht der Redner nachzuweisen, daß die wesentlichsten Bestimmungen des Entwurfes mit der Reichsgesetzgebung kollidieren und deshalb unzulässig sind. Die Internierung in eine Arbeitsanstalt ist auch in der im Gesetzentwurf vorgesehenen Form von einer Bestrafung nicht zu unterscheiden und deshalb gesetzwidrig. Praktisch wird derjenige, gegen den diese Maßnahme sich richtet, auch gehindert, durch freie Arbeit für seine Angehörigen zu sorgen. Das Verfahren müßte auch dadurch verbessert werden, daß den davon Betroffenen weitere Garantien dafür geboten werden, daß sie nicht ungerechtfertigt ihrer persönlichen Freiheit verlustig gehen. Warum wird nicht einfach eine Aenderung des Reichsgesetzes im Reichstag vorgenommen? Auch wir sind für Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission. (Beifall bei den Natl.)

Abg. **Braemer** (Konf.):

Das Gesetz ist notwendig. Diesen Standpunkt wird jeder einnehmen, der praktisch das Armenwesen kennt. Die bisherigen Bestimmungen reichen nicht mehr aus. Die Errichtung von Arbeitsanstalten werden große Kosten verursachen. Darum sollte man jeden, die Arbeitsscheuen auch in der Landwirtschaft zu beschäftigen.

Abg. **Dr. Flesch** (Vp.):

Wir erkennen vollständig an, daß es keine schlimmere Lücke in der Gesetzgebung gibt als die ungenügenden Strafbestimmungen gegen Müßiggänger, die ihre Familie verlassen. Wir wollen aber einen anderen Weg zur Besserung einschlagen und die frivole Außerachtlassung der Pflicht hier als schweres Vergehen nach dem Strafgesetzbuch behandelt wissen. Dann hat auch der betreffende Müßiggänger dieselben richterlichen Garantien, die wir ja jedem schwersten Verbrecher zubilligen und die hier in dem Gesetz verletzt werden. Darum sind wir gegen das Gesetz in dieser Fassung.

Abg. **Strosmski** (Pole):

Ein Gesetz dieser Art kolliditert durchaus mit dem Strafgesetzbuch. Die unbeschränkte Heranziehung der Kinder in diese Verpflichtungen erfüllt uns mit Bedenken. Die moralische Seite der Frage verkenne ich nicht. Noch gilt das Wort: Ein Vater kann zehn Kinder ernähren, aber nicht zehn Kinder einen Vater. Aber unsere Bedenken können wir deshalb nicht zurückstellen.

Abg. **Borchardt** (Soz.):

Gegen säumige Nährungspflichtige gibt das Strafgesetzbuch ausreichende Handhaben. Genügen diese Gesetzesbestimmungen nicht, so ändere man das Reichsgesetz. Aber man weiß genau, daß der gegenwärtige Reichstag eine solche Vorlage ablehnen würde. Die Reichsgesetzgebung wird hier umgangen. Das Herrenhaus hat das Gesetz nur kurz beraten. Das nennen wir gewissenlos.

Vizepräsident **Dr. Porsch** ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. **Borchardt** (Soz.):

70 Jahre lang hat sich doch gezeigt, daß man den Arbeitsscheuen mit Gewalt nicht beikommen kann. Die wahre Absicht der Vorlage ist: Einschränkung der persönlichen Freiheit durch Verfügung der Verwaltungsbehörden, ein echt russisches Beginnen.

Die Arbeitsscheu ist ein soziales Uebel, dessen Ursachen die herrschende Klasse nicht nachgehen will.

Der Entwurf geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Zweite Lesung des Etats der Zentralgenossenschaftskasse.

Abg. Graf **v. d. Gröben** (Konf.):

Im Streite zwischen der Darlehnskasse und der Preußenkasse enthalten wir uns angesichts der Geschäftslage des Hauses jeder Beurteilung des Verhaltens der Preußenkasse.

Abg. **Dr. Crüger-Hagen** (f. V.):

Diese Zurückhaltung ist um so auffälliger, als man uns mit Anträgen kam, eine Kommission zur Untersuchung des Verhaltens der Preußenkasse einzusetzen; darunter war ein Antrag von konservativer Seite. (Unruhe rechts.) Provozieren Sie mich nicht weiter! (Abg. v. Pappenheim: Ein konservativer Antrag? Namen nennen! Abg. Hoffmann: Vorsicht! Der Leutnant kommt!) Ich habe nicht gesagt: von einem Abgeordneten der konservativen Partei. Die Zentralgenossenschaftskasse hat sehr eigenartige Wege eingeschlagen, die freie Selbstverwaltung bei den Genossenschaften durchzuführen. Das Verhalten der Zentralgenossenschaftskasse gegenüber der landwirtschaftlichen Darlehnskasse für Deutschland kommt auf den Boykott heraus. Es wurde einfach mit den Genossenschaften, die mit der landwirtschaftlichen Darlehnskasse in Beziehung standen, der Verkehr abgebrochen. Wo bleibt da die freie Selbstverwaltung der Genossenschaften? Da wird man an Miquels Worten erinnert: Wer zahlt, regiert! Das haben wir bei der Stellung und Tätigkeit der Zentralgenossenschaftskasse kommen sehen, daher auch immer unsere Kritik. Die Genossenschaften des Bundes der Landwirte genießen bei der Zentralgenossenschaftskasse einen Kredit, der in die Millionen geht. Das Genossenschaftswesen darf in seiner freien, unabhängigen Entwicklung nicht beeinträchtigt werden. (Beifall links.)

Abg. **v. Pappenheim** (Konf.)

zur Geschäftsordnung: Ich habe nur verlangt, daß der Abg. Crüger den Namen nenen sollte. (Abg. Hoffmann: Minutenlang haben Sie dazwischen gerufen!) Weiter nichts als dieses! Der Abg. Crüger hat diesen Namen nicht genannt. Ich stelle das fest.

Unterstaatssekretär **Michaelis**:

Die Zentralgenossenschaftskasse ist in letzter Zeit keineswegs immer freundlich kritisiert worden. Man hat es so hingestellt, als ob sie die Tendenz verfolge zu tyrannisieren. Die Verbandskassen, die mit der Preußenkasse in Verbindung stehen, haben zwar von 52 auf 47 abgenommen, die aber immerhin 8020 Genossenschaften mit 924 000 Mitgliedern haben. Der Gesamtumsatz der Preußenkasse i stin den letzten 11 Monaten von 14,1 Milliarden auf 15,1 Milliarden gestiegen. Der Verkehr der laufenden Rechnungen der Verbandskasse zeigt ein Mehr von 309 Millionen, der Wechselverkehr ein Mehr von 75 Millionen. Die Aufwärtsbewegung hat zwar nicht das Tempo gehabt, das eingetroffen wäre, wenn der Konflikt nicht gewesen wäre. Aber das Ausscheiden von Neuwied hat doch nicht die Aufwärtsbewegung hintanhalten können.

Die Lage der Preußenkasse ist geradezu glänzend. Ihrer Leitung gilt unsere Anerkennung. Die Kritik des Kollegen Crüger an dem ganzen System stützt sich lediglich auf theoretische Betrachtungen. Die Ausschließlichkeitsforderung der Preußenkasse entspringt dem genossenschaftlichen Geist und bekennt sich zu der Solidarität aller Interessen der Genossenschaften.

Weiterberatung Freitag 11 Uhr, danach Kultusetat.

Schluß nach 4½ Uhr.

Deutsches Reich.

Die neuen Heeresvorlagen.

Donnerstag vormittag 10 Uhr begannen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers im Bundesratssaale des Reichsamts des Innern die Besprechungen über die Wehrvorlagen und ihre finanzielle Deckung, zu denen der Reichskanzler die leitenden Minister der Einzelstaaten eingeladen hatte. An den Besprechungen nahmen die Chefs der beteiligten Reichsressorts und die Finanzminister der größeren Bundesstaaten teil.

Die Konferenz wurde um 1 Uhr abgebrochen und am Nachmittag fortgesetzt.

Eine Erklärung des Reichskanzlers zu den Geschäftsordnungsanträgen.

Die verstärkte Geschäftsordnungskommission des Reichstags faßte am Donerstag einen Beschluß über die kurzen Anfragen. Am Mittwoch waren die Abgeordneten Dr. von Payer (Vp.) und Dr. Junck (ntl.) beim Reichskanzler gewesen und hatten mit ihm über diese Frage Rücksprache genommen. In der Donnerstag-Sitzung der Kommission machte Abg. v. Payer hierüber folgende Mitteilung: Der Reichskanzler habe erklärt, daß er kein grundsätzlicher Gegner der kurzen Anfragen sei und daß er zur Mitwirkung ihrer Einführung im Reichstage bereit sei. Er bitte aber, der Regierung Zeit zur Beratung der Beschlüsse der Kommission zu lassen.

Der Beschluß der Geschäftsordnungskommission über die Einrichtung der kurzen Anfragen lautet: Das Wort „kurze" wird gestrichen und es heißt nur „Anfragen". Der § 33a erhält folgenden Wortlaut:

„An zwei Tagen jeder Woche können Mitglieder des Reichstags vor Eintritt in die Tagesordnung Anfragen an den Reichskanzler stellen. Die Tage werden vom Präsidenten im voraus für die Dauer der Session bestimmt. Die Anfragen sind spätestens am Tage zuvor dem Präsidenten schriftlich zu überreichen und von ihm unverzüglich dem Reichskanzler mitzuteilen. Sie sind auf die Bezeichnung der Tatsachen, über welche Auskunft verlangt wird, zu beschränken. **Eine Debatte über die Antwort des Reichskanzlers ist unzulässig.** Der Anfrager kann zur Ergänzung oder Berichtigung seiner Anfrage das Wort verlangen.

Erklärt der Antragsteller bei Einreichung der Anfrage ausdrücklich, daß er mit Erledigung auf schriftlichem Wege sich begnüge, dann unterbleibt die mündliche Anfrage und es erfolgt die Eintragung der Anfrage in ein Verzeichnis.

Schriftliche Antworten des Reichskanzlers sind allen Mitgliedern des Reichstages gedruckt zuzustellen.

Die Stellung und Beantwortung der Fragen soll nicht länger als eine Stunde an den bestimmten Tagen in Anspruch nehmen.

Abgelehnt wurden Anträge der Konservativen, die bestimmen wollen, daß die Anfragen Tatsachen von allgemeiner Bedeutung aus dem Gebiete der inneren oder auswärtigen Politik des Reiches zum Gegenstand haben müssen, und daß Anfragen, die ein schwebendes Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarverfahren betreffen, unzulässig sind. Ebenso wurde ein Zentrumsantrag abgelehnt, der eine gewisse Zahl von Mitgliedern zur Voraussetzung für die Zulässigkeit einer Anfrage machen wollte, und ein Antrag der Sozialdemokraten, der eine Diskussion zulassen wollte.

Mit Rücksicht auf die Erklärung des Reichskanzlers wird sich die Geschäftsordnungskommission nach Erledigung unwesentlicher Sachen auf längere Zeit vertagen.

Heer und Flotte.

Neue Garnisonen im Osten des Reiches.

In Ostpreußen stehen infolge der Heeresvorlage größere Dislokationsveränderungen bevor. So soll unter anderem nach Ostertode ein Artillerie-Regiment, nach Ortelsburg ein Infanterie-Regiment in Garnison kommen. Das 1. Jäger-Bataillon, das jetzt in Ortelsburg steht, soll nach Braunsberg verlegt werden. In Sensburg soll ein ganzes Infanterie-Regiment zusammengezogen werden. Die neuen Kasernen für diese Truppenteile sind bereits im Bau begriffen.

Kleine vermischte Nachrichten.

Der Allgemeine Fürsorge-Erziehungs-Tag, welcher vom 24. bis 27. Juni 1912 in Dresden stattfinden wird, soll mit einer Ausstellung von Arbeitserzeugnissen der Zöglinge von Fürsorge-Erziehungsanstalten verbunden werden. Es wird dadurch einem breiteren Publikum ermöglicht werden, eine eigene Anschauung von der planmäßigen Arbeitserziehung und Berufsausbildung in unseren deutschen Anstalten zu gewinnen.

Ein Uebergang von deutschem Land in polnische Hand ist in letzter Zeit wieder in erheblichem Umfang vorgekommen. Es wird berechnet, daß allein in den letzten 14 Tagen acht Güter in einem Umfang von 4000 Morgen aus deutschem in polnischen Besitz in den drei östlichen Provinzen übergegangen sind. Für vier Güter, bei denen der Verkaufspreis angegeben ist, wurden insgesamt 1 194 000 Mark gezahlt.

Der unter dem Verdacht der Spionage verhaftete englische Sprachlehrer Allan, ein Bekannter des in Aachen unter demselben Verdacht verhafteten Ingenieurs, wurde ebenfalls aus der Haft entlassen.

Hof- und Personalnachrichten.

* **Der österreichisch-ungarische Generalstabschef** Feldmarschalleutnant v. Schemua traf Mittwoch abend um 8 Uhr 34 Min. auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin ein. In seiner Begleitung befand sich sein Adjutant, Hauptmann Ritter v. Pohl. Der Generalstabschef wurde von dem ersten Adjutanten des Chefs des preußischen Generalstabes, Major v. Fabeck, empfangen.

* **Geheimer Oberjustizrat** Dr. **Konrad Schulz,** vortragender Rat im Justizministerium, ist Mittwoch ganz plötzlich in seinem Berliner Heim gestorben. Er war unverheiratet und stand im 57. Lebensjahre. Noch am Dienstag war er im Justizministerium tätig. Geheimrat Schulz ist mehrfach als Regierungsvertreter im Reichstag bei Beratung von Justizvorlagen hervorgetreten. Der Termin der Beerdigung steht noch nicht fest.

Ausland.

Das Attentat auf den König von Italien.

Ueber den Mordanschlag des Maurers Dalba werden noch folgende Einzelheiten bekannt:

Der erste Schuß, den Dalba auf den König abgab, verletzte den Kommandanten der Eskorte, Major Lang, der zur Linken des Wagens dicht neben dem König ritt. Das Pferd machte einen Sprung, doch blieb der Major im Sattel und näherte sich dem Wagen noch mehr, während die Kürassiereskorte sich dicht um den Wagen drängte. Inmitten der allgemeinen Erregung bewahrten der König und die Königin vollkommene Ruhe, ebenso die Eskorte. Darauf gab Dalba noch zwei Schüsse ab und traf den Major Lang am Kopfe, sodaß dieser vom Pferde stürzte. Ein Chauffeur und ein Kutscher des Herzogs Borghese stürzten sich auf Dalba, der weitere Schüsse abzugeben versuchte. Dalba bedrohte beide mit dem Revolver und fügte dem Kutscher im Gesicht eine Verletzung zu. Schließlich wurde Dalba von einem Polizisten festgenommen. Die Menge versuchte ihn zu lynchen und verletzte ihn unbedeutend. Dalba schrie: „Schlagt mich, ich bin Anarchist!" Er wurde dann nach dem Polizeikommissariat gebracht. Gegen 10 Uhr veranstaltete die Menge eine Kundgebung vor dem Kommissariat, indem sie Verwünschungen gegen den Täter ausstieß und Hochrufe auf den König und die Königin ausbrachte. Die Verwundung des Majors Lang scheint nicht sehr schwer zu sein. Als der König und die Königin im Pantheon eintrafen, war die Königin-Mutter bereits dort angekommen. Nach herzlicher Begrüßung erzählte der König der Königin-Mutter den Verlauf des Attentats. Darauf wurde die Messe zelebriert, die alljährlich am 14. März, dem Geburtstage des Königs Humbert, im Pantheon gefeiert wird.

Der Urheber des Attentates

ist ein junger, bartloser, verhältnismäßig gut gekleideter Mann von dem charakteristischen Aussehen eines Apachen. Wie sich bei dem Verhör herausstellte, ist der Täter mehrfach vorbestraft, darunter dreimal wegen Diebstahls. In den letzten Jahren ist er Anarchist geworden, und zwar individualistischer Anarchist. Zuerst behauptete er, den Revolver gefunden zu haben, doch räumte er später ein, daß er ihn seit einiger Zeit besitze. Während des Verhörs wechselte er mehrmals seine Taktik. Er protestierte dagegen, daß er von der Menge, die ihn lynchen wollte, mißhandelt worden sei. Dann legte er ein halbes Geständnis über die Absichten ab, die er bei seinem Attentat gehabt habe, sagte aber nur wenig. Später begann er von seiner Vergangenheit und seinem gegenwärtigen Leben zu sprechen. Er stellte in Abrede, daß ein Komplott bestände. Er habe das Verbrechen allein ersonnen und es auch allein ausgeführt. Er habe Vater, Mutter und einen Bruder. Dalba wurden einige Papiere abgenommen. Er hatte einige Schrammen im Gesicht, die ihm von der Menge im Augenblick seiner Verhaftung zugefügt waren. Dalba hatte sich hinter einer Säule des Palais Salviati verborgen. Sobald der königliche Wagen, in dem sich der König, die Königin und der Generaladjutant Brusati befanden, an dem Palais vorüberfuhr, feuerte er seinen ersten Schuß ab.

*

König Viktor Emanuel III. ist am 11. November 1869 geboren und hat den Thron Italiens als Nachfolger seines Vaters Humbert bestiegen, der am 29. Juli 1900 in Monza der Kugel des Anarchisten Gaetano Bresci zum Opfer fiel.

Siegesfreude in Rom.

In Rom herrscht große Freude und Begeisterung über den gestrigen Sieg der Italiener bei Benghasi, bei dem 5000 Italiener 10 000 Türken und Araber in die Flucht schlugen. Die Türken haben über 1000 Mann an Toten verloren, während die Verluste der Italiener nur 100 Tote und 60 Verwundete betragen. Die Nachricht wurde durch den Kriegsminister in der vorgestrigen Kammersitzung bekannt gemacht. Dies gab den Anlaß zu einer großen patriotischen Manifestation, an der alle Parteien, selbst die extreme Linke und die Sozialisten, teilnahmen. Ein einziger Deputierter der Linken verweigerte seine Zustimmung zu der Manifestation. Er gehört der extremen Linken an. Alle Zeitungen betonen die Wichtigkeit des Sieges und knüpfen die Hoffnung daran, daß die Offensivkraft der Türken durch diesen Schlag gebrochen ist. Von besonderer Bedeutung sei der Sieg auch daher, daß das Kommando über die Truppen der frühere Militärattachee in Berlin, Enver Bei, hatte, der die Seele der jungtürkischen Bewegung ist und zu den besten Heerführern der Türken zählt. Die offiziellen Kreise sind davon überzeugt, daß der gestrige Sieg bei Benghasi auch auf die Großmächte Eindruck machen wird. Man hofft, daß die von den Türken ausgestreute Meinung, als ob die Lage der Italiener in Tripolis sehr ungünstig wäre, dadurch gänzlich schwinden wird. (Nun sind die Nachrichten aus Konstantinopel abzuwarten. Die Red.)

Die Vereinigten Staaten und Mexiko.

Präsident Taft wies bei einer Konferenz im Weißen Hause gegenüber dem Senatsausschuß für die auswärtigen Beziehungen darauf hin, daß die Neutralität in den Gesetzen der Vereinigten Staaten ungenügend berücksichtigt sei. Wie berichtet wird, sagte der Präsident, daß, wenn nicht der Kongreß neue Maßregeln ergreife, es schwierig sein werde, den Frieden mit Mexiko zu bewahren. Durch die Konferenz ist bekannt geworden, daß Madero die Vereinigten Staaten ersucht hat, die Verladung von Waffen nach Mexiko auf dem Wege über Juarez, das jetzt von den Rebellen gehalten wird, zu verhindern. Der mexikanische Botschafter wies darauf hin, daß die gegenwärtigen Gesetze der Vereinigten Staaten zu Beginn des verflossenen Jahrhunderts abgefaßt worden seien, als man sich von derartigen Problemen, wie sie sich jüngst erhoben, noch nichts träumen ließ.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19120315018/fragment/page=0004